



An  
Bundesministerium für Gesundheit  
Radetzkystrasse 2  
1031 Wien

BMF - I/4 (I/4)  
Hintere Zollamtsstraße 2b  
1030 Wien

Sachbearbeiterin:  
Mag. Julia Ulrike Schmid  
Telefon +43 1 51433 501166  
Fax +43 1514335901166  
e-Mail Julia.Schmid@bmf.gv.at  
DVR: 0000078

GZ. BMF-111300/0023-I/4/2013

**Betreff: GZ. BMG-92250/0021-II/A/2/2013 vom 16. April 2013;  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gesundheits-und  
Krankenpflegegesetz geändert wird und mit dem das MTD-Gesetz  
geändert wird;  
Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen**

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich, zu dem mit Note vom 16. April 2013 unter der Geschäftszahl BMG-92250/0021-II/A/2/2013 zur Begutachtung übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gesundheits-und Krankenpflegegesetz geändert wird und mit dem das MTD-Gesetz geändert wird, fristgerecht wie folgt Stellung zu nehmen:

Der gegenständliche Entwurf enthält Informationsverpflichtungen, die Verwaltungskosten für Unternehmen auslösen. Die Ermittlung und Darstellung in der vorliegenden WFA ist nicht nachvollziehbar.

Die zugrundeliegenden Detailberechnungen für die in der WFA angegebenen Einsparungen des Bundes werden vom Bundesministerium für Gesundheit noch vor Einbringung in den Ministerrat bekanntgegeben.

Die WFA ist derzeit lediglich als Entwurfsdokument vorhanden, vom BMG wäre eine Endfassung vorzulegen.

Seitens des Bundesministeriums für Finanzen bestehen Bedenken, dass es durch die Ausweitung des mitverantwortlichen Tätigkeitsbereichs der Angehörigen des gehobenen

Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege u. U. zu Kostensteigerungen bedingt durch höhere Gehaltsforderungen des betroffenen Personals kommen könnte. Seitens des BMG wären dbzgl. entsprechende Klarstellungen zu treffen.

Das Bundesministerium für Finanzen ersucht um Berücksichtigung dieser Stellungnahme sowie um neuerliche Befassung zur Herstellung des Einvernehmens, sowie um die Vornahme der notwendigen Anpassungen in der Ermittlung und Darstellung der Verwaltungskosten im Rahmen der WFA mit dem entsprechenden IT-Tools und Übermittlung an des Bundesministerium für Finanzen im Rahmen der offiziellen Begutachtung.

06.05.2013

Für die Bundesministerin:

Mag. Heidrun Zanetta

(elektronisch gefertigt)